



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

1848/49 - eine gescheiterte Revolution?

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



Fachwissenschaftliche Orientierung

Die Revolution von 1848/49 gilt als gescheitert und sie wurde rückblickend vielfach kritisiert, von rechter wie von linker Seite: Die Revolution „machte vor den Thronen halt“, „war zu radikal-demokratisch“, „unterminierte die Einheit der Deutschen“ – so das Spektrum der Urteile. Die teils massive Kritik lässt ein totales Scheitern der Revolution in vielfacher Hinsicht vermuten. Doch so sehr diese apodiktischen Narrative bis in unser heutiges Geschichtsbild nachwirken und diesem Ereignis – gerade in den neuen Lehrplänen der Oberstufe – immer weniger Gewicht neben der scheinbar unausweichlichen kontinuierlichen Linie „Kaiserreich-Weimar-Nationalsozialismus“, dem sogenannten Sonderweg, einräumen, so sehr ist Skepsis angebracht: Hat die Bewertung der nicht erfolgreich verlaufenen ersten deutschen Revolution womöglich mehr mit dem eigenen Zeit- und Geschichtsverständnis zu tun als mit den historischen Ereignissen 1848/49?

Explosion der Ideen – und der Ideologien: Der Vormärz

Dass es überhaupt 1848 zur Revolution kommen konnte, hat viel mit dem erfolgreichen Abwehrkampf gegen Napoleon zu tun. Der Sieg über Napoleon in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 zog nicht nur die Neuordnung Europas im restaurativen Sinne nach sich (Wiener Kongress), sondern auch das Erwachen eines bürgerlichen Bewusstseins. Neben alten, konservativen Ansichten brachen sich nun auch liberale und demokratische, später sogar sozialistisch-kommunistische Ideen Bahn, die in den Gebieten des Deutschen Bundes vor allem mit den beiden Themen „Recht/Freiheit“ und „nationale Einheit“ verknüpft wurden. Dabei bildeten sich unterschiedliche Gewichtungen und Ausprägungen heraus – für die Bürgerlichen standen z. B. Presse- und Meinungsfreiheit im Zentrum, für die Bauern eher die Auflösung der feudalen Ordnung und grundlegende Eigentumsrechte, und mit dem aufkommenden Nationalismus des 19. Jahrhunderts wurden die „Kleinstaaterei“ und die fehlende einheitliche Regierung der Deutschen als Manko empfunden. Beide Themen begründeten in je unterschiedlichem Maße zwischen 1813 und 1848 den Geist des Vormärz – wie z. B. beim Wartburgfest 1817 oder beim Hambacher Fest 1832 deutlich wird. Doch erst im Verein mit der aufkommenden sozialen Frage und den Hungerkrisen der 1840er-Jahre entstand eine Situation, in der der revolutionäre Funke der Februarrevolution im benachbarten Frankreich (mit der Ablösung des immer autoritärer regierenden „Bürgerkönigs“ Louis-Philippe von Orléans und mit der Ausrufung der Zweiten Republik) auch auf die deutschen Staaten überspringen und die Revolution entfachen konnte.

Geregelte Reform statt blindem Umsturz: Der Beginn der Märzrevolution 1848/49

Von Anfang an zeichneten sich die revolutionären Ereignisse in den einzelnen Staaten des Deutschen Bundes dadurch aus, dass nicht blindlings die alten Fürstentümer in radikalem Sturm beseitigt wurden, sondern dass Aufmärsche und Besetzungen symbolträchtiger Gebäude mit Petitionen, den sogenannten Märzforderungen, einhergingen. In diesen Petitionen wurden – je nach Zusammensetzung und Ausrichtung der Gruppe, die das Gesuch einreichte – von den Herrschenden bestimmte Zugeständnisse an Freiheiten und Rechten gefordert. Indem diese Forderungen zumeist schnell erfüllt und durch die Einsetzung liberaler „Märzminister“ scheinbar abgesichert wurden, konnten gewaltsame Auseinandersetzungen vermieden werden. Zu bewaffneten Kämpfen kam es jedoch beispielsweise in Wien, wo die Absetzung der Symbolfigur der Reaktion, Fürst Metternich, als Staatskanzler erreicht wurde, und in Berlin, wo es am 18. März 1848 bei der Verlesung eines königlichen Reformpatentes durch (unabsichtlich abgegebene) Gewehrschüsse zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen preußischem Militär und der Bevölkerung und zu nachfolgenden Barrikadenkämpfen kam. Letztere währten allerdings nur kurze Zeit, da König Friedrich Wilhelm IV. bereits einen Tag später den „Märzgefallenen“ seine Reverenz erwies und am 21. März mit schwarz-rot-goldener Schärpe durch Berlin ritt, um fortan für die Einigkeit und Freiheit Deutschlands einzustehen. Auch spätere Radikalisierungen, wie etwa der berühmte republikanisch motivierte Heckerzug in Baden im April 1848, blieben ohne größere Folgen für den nun weitgehend von institutionellen Veränderungen bestimmten Verlauf der Revolution.

flaggte Berlin an jenem Tage zeigt. Dieser Aspekt wurde also schon damals als hauptsächlich wahrgenommen. Erst in zweiter Linie soll die Einheit Deutschlands dann auch mit bestimmten allgemeinen Freiheiten einhergehen, wobei vor allem Zugeständnisse von Verfassung(en), Rechtsweg, verlässlicher Verwaltung und bürgerlichen wie politischen Rechten angesprochen, aber keine konkreteren Angaben gemacht werden. Dies steht – vor allem bezüglich der Freiheit(en) – im Gegensatz zu den ganz konkreten Märzforderungen, so unterschiedlich diese auch von Ort zu Ort ausgefallen sind. Zwar wurden auch darin die Einheit Deutschlands, eine allgemeine Bewaffnung und die Einführung von Verfassungen gefordert, allerdings waren auch die Anforderungen an die zuzugestehenden Freiheiten genau formuliert worden, etwa Presse- und Versammlungsfreiheit, Bürger- und Menschenrechte, Schwurgerichte etc. Von daher werden die Märzforderungen seitens des preußischen Königs nur teilweise erfüllt.

Zu 3: Der preußische König scheint sich eines drohenden Machtverlustes bewusst zu sein, weswegen er nach den blutigen Unruhen vom 18. März deutliche Zugeständnisse macht, indem er die Einheit Deutschlands, ein allgemeines Heer, die Einführung von Verfassungen und die Gewährung von Freiheit proklamiert. Gerade bei letzterem Punkt wird er allerdings nicht sehr konkret, sondern nimmt zwar die Schlagworte der Märzrevolutionäre auf, etwa die Forderung nach bürgerlichen und politischen Rechten für alle Konfessionen, lässt aber zugleich offen, welche Rechte dies genau sein sollen. Dies will er der deutschen Ständeversammlung, hervorgegangen aus dem preußischen Landtag, zur Beratung überlassen, die allerdings schon dem Namen nach im alten Sinne – nach Ständen gegliedert und eben nicht in freier Wahl zusammengesetzt – agieren soll. Dies lässt darauf schließen, dass der preußische König es nicht zu einer vollständigen Revolution im Sinne einer völligen Neugestaltung Preußens oder Deutschlands seitens der Revolutionäre kommen lassen will, sondern das Heft (stellvertretend für die Fürsten) selbst in die Hand zu nehmen versucht, um den Umgestaltungsprozess soweit wie möglich lenken und bestimmen zu können.

Mögliches Tafelbild:

Märzforderungen	Zugeständnisse des Königs
Einheit der Nation	Einheit unter seiner Leitung
Verfassung	Verfassung durch allgemeine Ständeversammlung
Rechtssicherheit	Rechtssicherheit und verlässliche Verwaltung
allgemeine Bewaffnung	allgemeine Bewaffnung zur Abwehr äußerer (und innerer) Gefahren
Bürgerrechte	gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse
Pressefreiheit	–
Versammlungsfreiheit	–
→ Märzforderungen sind konkreter und freiheitlicher als die Zugeständnisse des preußischen Königs	

Als eine erste Antwort auf die Problemfrage zu Anfang der Stunde („Inwieweit handelt es sich bei der Märzbewegung tatsächlich um eine Revolution?“) kann festgehalten werden, dass der Beginn der Revolution zwar radikal war, bald aber in ein geordnetes Reformieren überging, dessen Erfolg von dem Einfluss abhing, den die Revolutionäre auf die weitere Entwicklung nehmen konnten.

M 10 Was wäre, wenn? Von der Fiktion eines liberalen preußischen Königs

Der folgende Text ist ein Auszug aus einem liberalen Flugblatt von Mai 1848. Darauf ist eine fiktive Thronrede des preußischen Königs Friedrich Wilhelms IV. zur Eröffnung der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Preußen am 22. Mai 1848 wiedergegeben.

Demokratische Thronrede.

Am 22sten Mai 1848
nicht gehalten.

Dem demokratischen Klubb gewidmet. [...]

Die Thronrede lautet (vom Könige vorgelesen) folgendermaßen:

„Meine Herren Abgeordneten!“

„Mit gepreßtem Herzen begrüße ich eine Versammlung, welche der allgemeine Volkswille im Widerspruche gegen meine früheren Gesinnungen berufen hat, um eine Verfassung mir vorzuschreiben, die jetzt den Glanz der Krone verdunkeln wird, während sie vor zwei Jahren¹, wo ich, stolzer wie heute, die Konstitution als ein geschriebenes Blatt Papier zwischen Volk und Fürst verdammt, mir die Bewunderung Europa's errungen hätte.“

„Ich gestehe mit Betrübniß, daß die Bande, die das preußische Volk seit 400 Jahren mit dem Hause der Hohenzollern verknüpft haben, durch ein unglückseliges System und ein unheilvolles Mißverständnis, in Folge dessen sogar mein königlicher Bruder noch immer außer seinem Vaterlande weilt², theilweise zerrissen sind. Die Stimme des Volks hat sich deutlich für eine konstitutionelle Erb-Monarchie entschieden und sie hat mich aufgefordert, in dem provisorischen Zustande nach der Revolution, die Zügel in den Händen zu behalten. Jetzt aber, meine Herren, ist es Ihre Aufgabe, die Machtvollkommenheit der Krone zu bestimmen, damit auf diese Weise die Souveränität des Volks eine Wahrheit werde. Der Entwurf der neuen Verfassung sollte Ihnen von meinen Ministern vorgelegt werden, doch wünsche ich nicht, daß das Volk sich in Folge dieser Maßregel von Neuem für betrogen halten könnte, und überlasse es Ihnen, durch eine aus Ihrem Schoße hervorgegangene Kommission dies Verfassungswerk zu entwerfen.“

„Mit Ihnen zugleich werden in Frankfurt a. M. die Vertreter der ganzen Nation zusammentreten. Es könnte besser erscheinen, wenn ich mit Ihrer Einberufung gewartet hätte, bis jene Versammlung über das Schicksal Deutschlands entschieden hat, allein sie wird auf die Verfassung des Staats höchstens insofern einwirken, als sie die Macht der Fürsten schmälert, und ich werde mich den Beschlüssen derselben gern unterwerfen. Der Rechtszustand ist zwar ein beruhigender, und das Volk hat seine Würde auf so herrliche Weise an den Tag gelegt, daß ich die Versammlung noch länger hätte verschieben können, allein der Theil des Volks, welchen wir früher Pöbel nannten, steht so unterdrückt dem Reichen gegenüber, daß wir ihm bald einige Rechte einräumen müssen, damit nicht ein neuer vernichtender Sturm losbreche.“ [...]



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

1848/49 - eine gescheiterte Revolution?

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

